Ä24 zu EP-FR-01: C – WAS FRIEDEN SCHÜTZT

Antragsteller*innen Gerrit Kurtz, Ingo Henneberg

Antragstext

Von Zeile 921 bis 927:

Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng verbunden. ~~Wir wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen Kontinent in ihren Bemühungen unterstützen, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und gute Jobs vor Ort zu schaffen. Wir sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten. Dabei begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe.~~Statt immer wieder neue ausbeuterische Mechanismen aufzubauen wollen wir mit unseren afrikanischen Partnerinnen und Partnern zu beiderseitigem Nutzen zusammenarbeiten und dafür attraktive europäische Angebote für eine nachhaltige Entwicklung machen. Wir sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten. Verfassungswidrige Machtwechsel, Putsche und unfreie Wahlen sind eine Gefahr für die Demokratie. Die EU muss in ihren Beziehungen zu afrikanischen Regierungen auf die Stärkung von demokratischer Mitbestimmung achten. Migrationspartnerschaften, die autokratische Regierungen stärken, sind kontraproduktiv.

Von Zeile 941 bis 946:

Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. ~~Dort, wo die staatlichen Strukturen geschwächt sind, wollen wir durch eine Unterstützung der Zivilgesellschaft und demokratischer politischer Akteure zu einem Wiederaufbau beitragen.~~Das gewaltfreie Engagement insbesondere junger Menschen für eine plurale Zivilgesellschaft in ihren Ländern sowie zur zivilen Konfliktbearbeitung wollen wir in der EU aktiv unterstützen. Eine besondere Rolle kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen zu.

Begründung

1. Änderung: Existierender Satz klingt etwas paternalistisch. Tatsächlich die anderen ernst zu nehmen bedeutet, auch die eigenen Interessen nicht zu verstecken. Nur die

Länder in ihren Bemühungen zu unterstützen klingt sehr nach veraltetem Verständnis von Entwicklungspolitik.
2. Wir sollten spezifischer sein als nur "Demokratie zu stärken". Afrika erlebt eine erhebliche Putschwelle in den letzten Jahren, dazu kommen andere Arten problematischen Verhaltens wie die Verlängerung von Amtszeiten oder die Einschränkung von Wahlen. Wir können die demokratische Entwicklung in Afrika nur begrenzt von Europa aus beeinflussen, aber wir sollten uns auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass EU-Instrumente zumindest nicht autokratische Regierungen stärken.
3. In den letzten Jahren hat es eine Reihe von wichtigen sozialen Bewegungen insbesondere junge Menschen in unterschiedlichen Teilen Afrikas gegeben, z.B. in Nigeria oder Sudan. Diese sollten wir unterstützen, soweit wir das können und sie das wollen. Es geht nicht nur um "schwache" staatliche Strukturen, sondern auch um repressive Strukturen. "Wiederaufbau" macht für ein Land wie Südsudan keinen Sinn, weil es nie stärkere staatliche Strukturen gegeben hat.